

# Nebröer Anzeiger

Amliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Nebrö

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilagen: „Das Leben im Bild“ und „Das Leben im Wort“  
Bezugspreis für einen Monat: Bei der Geschäftsstelle 1.10 RM — Durch die Post bezogen 1.20 RM.

Schriftleitung: Wilh. Sauer in Koblentz.  
Druck, Verlag und Briefadresse: Sauerische Buchdruckerei, Koblentz.  
Geschäftsstelle in Nebrö: Frau Kaufmann Weis, Markt 34/35.  
Fernsprecher: Amt Koblentz Nr. 221. — Postfachkonto: Leipzig Nr. 22332

Anzeigen lohnen: die 48 mm breite Millimeterzeile 6 Pf., die 90 mm breite Millimeterzeile im Restamt 20 Pf. Einlegenahme an Drucktagen bis 12 Uhr mittags.  
Bankkonten: Stadtpostkasse Nebrö — Sontverein Aktien.

Nr 139

Sonnabend, den 22. November 1930

43. Jahrgang

## Zu viel Steuern!

Die Reichsregierung sagt: So wie bisher geht es nicht weiter!

Die Begründung der Reichsregierung zum Steuervereinfachungsgezet, das jetzt im Reichsthat befannt wird, zeigt den festen Willen der Reichsregierung, auf einer Steuererleichterung und Steuervereinfachung zu kommen. In dieser Begründung heißt es u. a.:

„Der Wunsch der gesamten deutschen Öffentlichkeit auf steuerlichen Gebieten geht in zweifacher Richtung: Steuererleichterung und Steuervereinfachung. Auf dem Gebiete der Steuererleichterung läßt sich bei der gegenwärtigen Wirtschaftslage in Deutschland und im Ausland, die auf der Einnahmeseite einen starken Rückgang der Einnahmen, auf der Ausgabe Seite ein starkes Ansteigen der Ausgaben zur Folge hat, dieser Wunsch nur unvollkommen erfüllen. Der Entwurf eines Gesetzes über die Senkung der Realsteuern zum 1. April 1931 kann daher nur als ein bescheidener Anfang angesehen werden. Die Reichsregierung lehnt es ab, Steuererleichterungsverprechen zu machen, von denen sie nicht genau weiß, daß sie auch wirklich erfüllt werden können. Sie hofft aber, auf dem von ihr bestrittenen Wege strenger Drosselung der Ausgaben der öffentlichen Hand allmählich auch Mittel zur weiteren Steuererleichterung, die im Interesse des Wiederantriebes der deutschen Wirtschaft und der Kapitalbildung dringend erforderlich ist, frei zu bekommen. Das wird um so eher möglich sein, je schneller eine, wenn auch nur leistungsfähige Besserung der Wirtschaftslage eintritt und damit die Einnahmen wieder besser zu laufen beginnen und der verstärkte Druck auf den Etat von der Ausgabe Seite her aufzuheben beginnt.“

Kommt somit die Steuererleichterung auf dem Gebiete der Steuererleichterung, abgesehen von einer gewissen Senkung der Realsteuern, im Rahmen ihres gegenwärtigen Finanz- und Wirtschaftsplans nichts weiter tun, so find um so größere Möglichkeiten zum Wandel auf dem Gebiete der Steuervereinfachung gegeben. Die Steuervereinfachung zerfällt in zwei große Teile: die Steuervereinfachung einerseits sowie die Verminderung der Steuerarten — ebenfalls für bestimmte Bevölkerungskreise — und die sich daraus ergebenden Vereinfachungen für Bevölkerung und Verwaltung andererseits.

Der Gedanke einer allgemeinen Senkung, die für die Wirtschaft insbesondere auch eine große psychologische Bedeutung gehabt hätte, konnte wegen der völlig verschiedenen Realsteuergrundlagen in den einzelnen deutschen Ländern nicht so einheitlich durchgeführt werden, wie es die Regierung an sich gewünscht hätte. Die Reichsregierung nimmt daher den Gedanken der Vereinheitlichung der Realsteuern im Rahmen ihres jetzigen Finanz- und Wirtschaftsplans wieder auf. Da der Entwurf des Steuervereinfachungsgezetes im Reichsthat bereits durchberaten und wie oben erwähnt, dem vorigen Reichsthat bereits vorlag, würde der Entwurf an sich wieder unmittelbar dem Reichsthat haben vorgelegt werden können, wenn er unerändert geblieben wäre. Die Reichsregierung schlägt aber außer der Steuervereinfachung im damaligen Sinne, die übrigens auch schon eine Steuervereinfachung bedeutet, eine Steuervereinfachung im engeren Sinne, eine Verminderung der Steuerarten für weite Teile der Bevölkerung vor.

Die Bevölkerung klagt nämlich nicht allein über die Höhe der Steuern, sondern auch über die Vielzahl der Steuern und die Komplexität des Systems überhaupt. Diese Klagen sind nicht unbegründet. Insbesondere die kleineren Steuerzahler finden sich in dem Durcheinander der verschiedenen auf ihnen lastenden Steuern häufig nur schwer zurecht. Das führt dann dazu, daß viele Kreise verhältnismäßig viel Zeit auf die Erledigung ihrer Steuerangelegenheiten verwenden und sich hierbei auf im großen Umfang fremder Hilfe bedienen müssen. Es ist nicht zu leugnen, daß hierfür sehr zu viel Zeit und Geld aufgewandt wird und daß die Bevölkerung von hier in Grunde das unproduktive Ausgabe nach Möglichkeit entlastet werden muß. Ein ebenso großes Interesse an der Vereinfachung hat aber auch der Fiskus.

Die Kosten der gesamten Steuer- und Zollverwaltung in Reich, Ländern und Gemeinden belaufen sich heute auf über 700 Millionen Mark, ein Betrag, den die deutsche Wirtschaft auf die Dauer nicht tragen kann. Daher wird auch von diesem Gesichtspunkt aus eine Vereinfachung des Steuerwesens erlrebt werden müssen, die dann, auf etwas längere Sicht gesehen, auch zu einer Einbränkung der Verwaltung und damit zu wesentlichen Erparungen führen kann und muß. Es ist dringend zu hoffen, daß auch die maßgebenden parlamentarischen Körperschaften hierfür das nötige Verständnis zeigen werden. So wie bisher geht es nicht weiter. Die

verschiedenen Gesichtspunkte, die in einer so schweren wirtschaftlichen Zeit wie der ganzen Nachkriegszeit und bei der nicht vermeidbaren, außerordentlich hohen Belastung von vornherein nicht ganz einfach gestaltet werden konnten, sind in den parlamentarischen Körperlichkeiten immer weiter stark kompliziert worden, weil man immer noch wieder neue Fülle und Möglichkeiten in die gesetzliche Regelung einbringen wollte. Die Verwirklichung, die man damit erzielen wollte, wird im Grunde dadurch nicht erreicht, weil sich alle Fülle doch nicht realisieren lassen und auch derartige einzelner Bestimmungen im Gesetz und in Verordnungen den Zeitstrahl nicht immer bekannt sein können und ein zu kompliziertes Steuerrecht auch von der besten Verwaltung nur schwer durchgeführt werden kann. Daher muß es darauf ankommen, die Gesetze so zu gestalten, daß sie einfach und klar sind und den Zeitstrahl ebenso wie der Verwaltung eine leichte Durchführung ermöglichen.“

## Reichsthat für das Finanzprogramm.

Das Gesetz über die Ausgabebegrenzung in den Haushalts des Reiches, der Länder und Gemeinden wurde mit allen gegen Thüringens Stimmen angenommen. Das Gesetz über die Zulassung zur Einkommensteuer bei Stimmhaltung Thüringens. Angenommen wurde weiter das Gesetz, das die Ablieferungsverpflichtung im Reichslohnfinanzgezet neu regelt.

Bei der Beratung der Vorlage zur Änderung des Zakonsgesetzes über die Bekämpfung der Verbreitung des Zigaretten- und Tabakgeschäfts wurde der Vertreter des Freistaates Sachsen die im Ausschuß beschlossenen Änderungen, die eine schwere Schädigung der Zigarettenindustrie befechteten. Sachsen könnte dieser Vorlage nicht zustimmen. Gegen die Vorlage erklärten sich auch die Vertreter von Schleswig-Holstein, Lippheim, Ostpreußen und Bayern. Die Vorlage wurde in namenhafter Abstimmung mit 45 gegen 21 Stimmen angenommen. — Angenommen wurde auch das Gesetz über die Senkung der Realsteuern mit Stimmmeihrheit, weiter die Gesetze über die Verbilligung des mit öffentlichen Mitteln geförderten Kleinwohnungsbaues, über weiteren Abbau und Beendigung der Wohnungsnotstandswirtschaft und das Kleinwohnungsbaugesetz.

Reichsthatler Dr. Brüning dankte im Namen der Reichsregierung dem Reichsthat für die außerordentlich schnelle bündige und sachlich äußerst wertvolle Arbeit. Die noch ausstehenden Vorlagen zur Steuervereinfachung und zum endgültigen Finanzprogramm werden am nächsten Donnerstag auch vom Reichsthatstadium verabschiedet werden. Wir sind uns klar darüber, daß mit dem Abschluß dieser Vorlagen die Aufgaben der schweren Zeit noch nicht erledigt sind, sondern daß dann sofort neue Maßnahmen in Angriff genommen werden müssen. Die Reichsregierung denkt nicht daran, die Ziele und Wege der Außenpolitik sich diktiert zu lassen von innerpolitischen Lagerströmungen.

## Dr. Curtius zur Außenpolitik

Hierauf nahm Außenminister Dr. Curtius das Wort zu einer großangelegten Rede über die deutsche Außenpolitik. Nach kurzem Eingehen auf Deutschlands Stellung zur Weltlage und zu den Beziehungen zu Preußen erklärte er, daß die u. a. aus: Es gilt, der Zukunft ins Auge zu sehen, daß niemand von uns heute wissen kann, ob wir mit den Maßnahmen, mit denen wir auch internationale Schritte tun müssen, die in den Verträgen zum Schutze unserer Wirtschaft und Währung vorgesehen sind. Die Reichsregierung erwartet im Ausland Verständnis dafür, wenn sie nach Durchhebung ihres Wirtschaft- und Finanzplans sich fortlaufend die Frage vorlegt, ob sie nicht zu jenen Schutzmitteln greifen müsse. Wir werden den neuen Plan nicht zerreißen, den Vertragboden nicht verlassen. Wir haben aber keine Garantie für die Durchführbarkeit des Planes gegeben. Die Reichsregierung ist davon durchdrungen, daß sie die Verantwortung dafür trägt, daß das deutsche Volk durch unerkünftige Lasten nicht seiner sozialen und sittlichen Grundlagen beraubt wird.

Auf dem Wege zur deutsch-französischen Verständigung wurde die Reichsregierung in der gleichen Richtung auch in Zukunft weiterarbeiten müssen. Was wir antreiben, ist eine weitestgehende Zusammenarbeit zur Beseitigung der Kriegsverursachen, zur Behebung der Wirtschaftskrisen, zur Ermöglichung des Ausgleichs der gewaltigen Spannungen auf allen Gebieten menschlicher Betätigung.

Zur Abrüstungsfrage übergehend sagte der Minister, daß, wenn Worte in Verträgen einen Sinn hätten, dies alles nur eindeutig so verstanden werden könne, daß nach den erfüllten Voraussetzungen durch Deutschland die vertraglich festgelegte Folge, also die allgemeine Abrüstung, eintreten müsse. Er könne sich nicht helfen, daß der französische Ministerpräsident sagt, daß das Abrüstungsproblem zur einheitlichen Entscheidung bränge, eine Frage durchlegen wolle, die die Basis aller Verhandlungen der letzten zehn Jahre berühren würde. Die Lösung der Abrüstungsfrage liei der Beistimmung des Völkerrechtes. Wir werden diesen internationalen Vertrag vor dem Genfer Forum unbedeutend zum Abschluß bringen. Nehme Frankreich das Recht der Sicherung der Landesgrenzen, für sich in Anspruch, so müsse das entworfen und von in Waffen stehenden Völkern umgebene Deutschland erst recht den Anspruch auf Sicherheit erheben. Im Hinblick auf verschiedene Zeugnissen des französischen Mi-

nisterpräsidenten erklärte der Minister: Wir lassen uns nicht von romantischen Träumereien bewegen und jagen nicht innerparteilichen Klängen nach. Was wir erstreben, wird uns differenziert von den Lebensnotwendigkeiten unseres Volkes, wofür nur die friedliche Verständigung in Betracht kommt. Zum Schluß erklärte der Außenminister, er habe vor allem mit seinen Ausführungen um Verständnis für den deutschen Standpunkt werden wollen. Er hoffe, daß der Ernst der Lage und die Notwendigkeit erkannt würde, die Außenpolitik mit Festigkeit und Besonnenheit zu führen.

## Preußens Haushalt 1931.

Der Etat balanciert mit 3,10 Milliarden Mark.

Berlin, 21. November. Der preußische Haushaltsplan für 1931, der jetzt dem Staatsrat vorgelegt ist, schließt in Einnahmen und Ausgaben mit rund 3,10 Milliarden M. ab. Einnahmen und Ausgaben sind damit um etwa 384 Millionen Mark geringer als im Jahre 1930.

Nach Abzug der durchlaufenden Posten, d. h. vor allem derjenigen Einnahmen, die an die Gemeinden weitergegeben werden, verbleiben für den Staat an sich 2,25 Milliarden in Einnahmen und Ausgaben. Auf der Einnahmeseite ist bereits mit einer geringeren Ueberweisung an Reichsteuern gerechnet worden. Die Ueberweisungen sind nur mit 788,8 Millionen statt 878,3 Millionen im Vorjahre angegeben. Auch die Steuerertragnisse sind mit Rücksicht auf die schwierige Wirtschaftslage niedriger eingeschätzt worden, und zwar mit 687,2 gegenüber 783 Millionen im Vorjahre. Die Ertragnisse auf Grund der Senkung der Bemessungsätze und der Abgeordnetenbeiträge werden mit rund 60 Millionen Mark angegeben, mit dem gleichen Betrage der Milderung des reinen Staatsanteils an den Reichsteuer-Einnahmen. Weiter wird ausgeführt, daß auch die öffentlichen Realsteuern, vor allem die Haussteuer, in ihren Ertragnissen ständig zurückgegangen. Der Gesamtumsatz an Deckungsmitteln wird mit 125 Millionen berechnet, wozu noch eine Summe von 16 Millionen als unermittelbare Erhöhung des Zinsfußes bei der Staatsanleihevermittlung kommt. Insgesamt war also für 141 Millionen Betrag zu finden. Hierzu wird ausgeführt, daß es nur einen einzigen, die Festlegung der Staatsfinanzen gemäßändernden Weg gebe, nämlich den Umfang der Ausgaben nach dem Umfang der Deckungsmittel zu bemessen. Es sei nicht möglich, den Selbsttrag des Jahres 1931 durch Ersparungen neuer Einnahmen auszugleichen. Die Notwendigkeit, der deutschen Bevölkerung den Weltmarktpreis anzugleichen und die Beschäftigungslosen der deutschen Volkswirtschaft entsprechend zu lenken, erfordere eine Senkung der öffentlichen Ausgaben.

Weder den Ertragnissen bei den Beamtengehältern hat man Gehaltsbedürfnisse und andere fiskalische Ausgaben der Verwaltung um 71 Millionen, die einmaligen Ausgaben um 40 Millionen gekürzt, so daß insgesamt der Fehlbetrag von 141 Millionen Mark eingebracht worden ist. Der Ausfall der Gemeinden wird mit Teil durch die neuen Kommunalsteuern nach der Währungsänderung der Reichspräsidenten gedeckt. Diese neuen Steuern ergeben für Preußen voraussichtlich etwa 200 Millionen Mark im Jahre 1931. Im Haushaltsplan wird weiter erwähnt, daß das Reich beabsichtigt, nicht nur die reichsrechtliche Verpflichtung der Gemeinden zur Erhebung der Bier- und Bürgersteuer zu erfüllen, sondern auch den Gemeinden allgemein das Recht zur Erhebung von Zuschlägen zum Landesatz der Bürgersteuer einzuräumen. Bei den Gemeinden werde ferner die Ertragnisse aus der Gehaltsentlastung etwa 80 Millionen betragen. Preußen würden bei Senkung der Haussteuer um 10 Millionen, im Jahre 1931 noch 291 Millionen Haussteuerertragnisse für Neubausstätigkeit und 582 Millionen für den Finanzbedarf zur Verfügung stehen.

## Frid bestätigt.

Vertrauensantrag für die Thüringer Regierung angenommen.

Weimar, 21. November.

Im Thüringer Landtag wurde am Donnerstag der nationalsozialistische Vertrauensantrag für die Gesamtregierung mit 28 Stimmen der Reichspartei einmütig für den Deutschen Volkspartei gegen 25 Stimmen angenommen. Ueber die sozialdemokratischen Mißtrauensanträge Staatsminister Dr. Frid und Staatsrat Marzinger wurde auf Antrag der Landvolkpartei zur Tagesordnung übergegangen. Der kommunistische Auflösungsantrag fand keine Mehrheit.

## Offkommiffare bei Hindenburg.

Eingetret über die Offiziere.

Berlin, 21. November.

Amlich wird mitgeteilt: Reichspräsident von Hindenburg empfing die Kommissare für die Offiziere, Reichsminister Treutmann und preußischer Staatsminister Hirtfeld, zusammen mit deren Vertretern Staatssekretär Krüger und Ministerialdirektor Dr. Wilmann zu einer längeren Besprechung über die Arbeit der Offiziere. Die Ausprüche, die auch die aus Kreisen der Landwirtschaf für die Durchführung der Offiziere vorgebrachten Anträge und Wünsche umfaßte, ergab Ueber einstimmung in der Auffassung über die für die Offiziere maßgebenden



habe ihn mit Gefährten unterrichten müssen. Als sie kein Geld mehr bekommen konnte, habe sie sich entschlossen, die Tat auszuführen. Sie habe schließlich auf mehr als einen Gefährten, nach Ablauf der Zeit aber nur auf einen Mann, den Mut gehabt, ihre Absicht, sich selbst zu erschlagen, auszuführen.

**Wetterlage.** Die gelagerte Betriebsbeschleunigung auf den Maschinen, von der schon mehrfach die Rede war, ist nun zur Tatsache geworden. Es sind zunächst etwa 120 Mann der Belegschaft eingestellt worden. Wie es heißt, stehen weitere Einstellungen Anfang kommenden Jahres bevor.

**Magdeburg.** Der preussische Haushalt enthält u. a. folgende Anforderungen: Am Haushalt des Bundesministeriums sind 8000 RM für Unterhaltungszwecke in der staatlichen Wasserversorgung in Merseburg und Königsberg vorgesehen. — Am Haushalt des Justizministeriums werden als Ergänzungsbetrag für den Um- und Erweiterungsbau beim Amtsgericht in Magdeburg 135 000 RM festgesetzt; für bauliche Veränderung im Amtsgericht in Eudenberg wird eine Summe von 69 000 RM, zur Unterbringung der Justizbehörde in Torgau ein Ergänzungsbetrag von 91 000 RM und für Umbauarbeiten im Amtsgericht Borsdorf 12 500 000 RM als Ergänzungsbetrag für die Errichtung eines Justizgebäudes in Halle als erster Teilbetrag für die bauliche Erweiterung der Amtsgerichtsgebäude in Magdeburg 15 000 RM und für den Umbau des Justizgebäudes in Torgau 375 000 RM und für die Pädagogische Akademie in Erfurt 693 000 RM als letzte Teilbeträge eingestellt. — Am Haushalt der allgemeinen Finanzverwaltung werden 180 000 RM als erster Teilbetrag für die Errichtung eines Verwaltungsgebäudes in Halle angefordert, ferner 24 000 RM als Ergänzungsbetrag für die Errichtung eines Verwaltungsgebäudes in Nordhausen. — Am Haushalt der Betriebsverwaltung sind 20 250 RM für den Umbau des Justizgebäudes auf dem Rangeltalweg angefordert. — Am Haushalt der Bergverwaltung wird für die Bergverwaltung in Clausthal-Zellerfeld ein Zuschuss von 769 000 RM angefordert. Für die weitere Ergänzung ihrer Instrumente und Apparate werden außerdem 54 000 RM bei den einmaligen Ausgaben angefordert.

**Magdeburg.** Zu der Meldung eines Berliner Blattes über die beabsichtigte Verlegung des Bundesparlamentes des Reichstages nach Berlin erfahren wir, daß es sich zunächst nur um den Reichstag als solche handelt. Das Reichsbanner sei noch zu sehr mit Magdeburg verflochten, als daß es eine baldige Verlegung des Sitzes des Bundesparlamentes zu denken sei.

**Dejau.** Von einer Mauer erschlagen. In der Zunderbüchse wurden zwei Arbeiter von einer einfallenden Mauer getrieben. Der Arbeiter W. L. ist schwer verletzt, während der Arbeiter S. ohne Verletzungen in den gefährlichen Zustand im Krankenhaus überführt. Die Ursache des Einsturzes ist noch ungeklärt.

### Aus Nah und Fern.

**Arschitz.** Raubüberfall im Nachbarort. Zwei etwa zwanzigjährige junge Burshen drangen in das Haus eines Fischlers und fragten die Frau, ob ihr Mann zu Hause sei. Als diese die Frage verneinte, führten sie sich auf die Wehrlose, festelten sie an eine Tür und verstopften sie von außen. Dann warfen sie alles im Hause durcheinander, durchsuchten die Kasse, fanden 200 Reichsmark Geld und Schmuck, erbeuteten aber nur etwa 50 Mark Bargeld. Es gelang den Spürhunden, in der Dunkelheit mit ihrer Beute zu entkommen.

**Treptow an der Rega.** Ein verheerendes Großfeuer. In der Koberger Vorstadt entstand in einer Scheune ein Feuer, das sich infolge des heftigen Windes mit verzerrlicher Geschwindigkeit ausbreitete, bald in kurzer Zeit 20 Scheunen in Asche und Schutt verwandelte. Die Feuerwehr fand dem wütenden Element nachlos gegenüber und mußte sich darauf beschränken, ein weiteres Umfassen zu verhindern. 16 Häuser sind von dem Schadenfeuer betroffen worden und haben die Vernichtung von sehr großen Vorräten erlitten und wertvollen landwirtschaftlichen Maschinen zu verlieren. Das Vieh konnte nur größten Teil gerettet werden. Als Entstehungsurache des Großfeuers wird Brandstiftung vermutet.

**Königsberg.** 44 neue Häuser in Ostpreußen. Nach nahezu völliger Abbruch des Zuges von Neubauern für dieses Jahr ergibt sich, daß die Ostpreussische Landesgenossenschaft zwischen dem 1. Januar und dem 10. November 1930 1100 Neubauern auf Schloßhöfen angelegt hat. Bedeutend mehr als zum Grundjahre 1929. Die Neubauern müssen als eine Dorfbeilage, so sind im Jahre 1930 44 neue Dörfer, insgesamt aber 253 Dörfer bisher von der Ostpreussischen Landesgenossenschaft geschaffen worden.

**Harburg-Wilhelmsburg.** Maria an Bord. Im tiefsten Hafen traf der norwegische Dampfer „Angur“ ein. Wie die Schiffsführung mitteilt, waren auf der Fahrt von Westfriesland vier Mitglieder der Besatzung an Malaria erkrankt. Die von den zukünftigen Stellen vorgenommene Untersuchung ergab, daß sich ein Bord ein Toter und mehrere Schwerkranker befanden.

**Hörnum auf Selt.** „Der erste Mensch.“ Hörnum an der Südspitze der Insel Selt, vielbesuchter Ausflugsort für Sommerfrischler, hat dieser Tage eine Senkstation erlebt: die Geburt des ersten Menschen. In dem Ort, der sich rühmen kann, daß er die Keimle Schale im Deutschen Reich besitzt, hatte bisher noch kein Mensch das Licht der Welt erblickt. Bei Hausmeister Jacob Petersen Hansen ist nunmehr dieses große Ereignis eingetreten. Nachster Stellen aus Westfriesland soll die Taufe und damit überhaupt seine erste Amtshandlung in Hörnum.

**Karlsruhe.** 15 Jahre Fuchshaus wegen Totschlag. Das Karlsruhe Fuchshaus sollte nach längerer Verhandlung des Urteils gegen den Kaufmann Franz Schneider aus Marzell, der unter der Auflage des Todes an dem Fischereibetrieb Braun stand. Der Angeklagte soll vor Jahresfrist den Brauer erschossen und befallig zurückgelassen haben. Das Gericht erkannte gegen den Angeklagten wegen Totschlags auf 15 Jahre Zuchthaus und Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von zehn Jahren.

### Raubüberfall in Wittenberg

24 500 RM erbeutet

Wittenberg. Zwei Postkame, die sich auf dem Wege zur Reichsbank befanden, um die überschüssigen Gelder des Vorsichtskassen zu überbringen, wurden Donnerstagsmorgens von vier Unbekannten in der Nähe der Reichsbank überfallen und trotz heftiger Gegenwehr ihrer Geldkiste mit 24 500 RM Inhalt beraubt. Die Diebstahlschuldigen in einem Krafwagen, der die Nummer 13 5187 trug, unkenntlich ge-

kommen. Als die inzwischen alarmierten Reichsbankbeamten hinzukamen, hatte der Wagen der flüchtigen Räuber bereits mehrere hundert Meter zurückgelegt. In der Gasse der Beamten wurde die Verfolgung abgebrochen. Der Wagen ist der Richtung Berlin ein.

**Das Auto der Wittenberger Gelährer gefunden.** Berlin, 20. Nov. Das von den Gelährern in Wittenberg benutzte Auto ist am Donnerstagsabend herrenlos aufgefunden worden. Der Straßmann hat noch die Spuren der eingeschlagenen Geschosse.

### Doppelselbstmord in Cottbus.

Cottbus, 21. November. Die 48jährige Frau St. beging während des Kirchenbesuches ihres Mannes gemeinsam mit ihrer 53jährigen Schwester Selbstmord durch Einatmen von Kohlenoxyd. Alle Bemühungen, die beiden Frauen wieder ins Leben zurückzuführen, waren ergebnislos. Als Grund für die Tat wird Selbstmord angenommen.

### Hochbahnunfall in Hamburg.

Hamburg, 21. November. In der Hochbahnstation Fuhlsbüttel ereignete sich ein Zusammenstoß zweier Hochbahnzüge. Der Zusammenstoß war so heftig, daß die Stirnwände der zusammengefahrenen Wagen zerklüftet wurden und die Fensterhebel zertrümmert, wodurch etwa 15 Fahrgäste verletzt wurden.

### Riesige Benzinexplosion.

Braunschweig, 21. November. Auf dem Gelände der räumlichen Petroleumrefinerie A. Romana bei Hildesheim brach ein Schadenfeuer aus, wodurch ein großes Petroleumreservoir mit etwa 5000 Gallonen Benzin explodierte. Personen sind nicht zu Schaden gekommen; der Sachschaden dürfte über eine Million Mark betragen. Der Brand dauerte noch an, so daß die Bevölkerung von einer Panik ergriffen wurde, obwohl jegliche Gefahr als beseitigt gelten dürfte.

### Zwischenlandung der Do. X in Santander.

Santander, 21. November.

Das deutsche Flugzeug „Do. X“ ist am Donnerstagsmorgens 3 Uhr im hiesigen Hafen gelandet, um eine Pause in den Flug nach La Coruña einzulegen. Das Flugzeug war am 21. November um 11.40 Uhr mit 11 Passagieren an Bord in Bordung gestartet. Um den Weg nach La Coruña abzukürzen, flog zunächst „Do. X“ lange Zeit über Land. Das Wetter wurde bald ungünstig. Es kam starker Gegenwind auf. Leber dem Golf von Biscaya wurde der Wind zum Sturm, und es regnete. Um 3 Uhr wurde die Maschine in der großen spanischen Hafenstadt nieder. Der Pilot war ursprünglich als Kaufmann in Aussicht genommen und hatte an Dr. Dornier nach Bordung eine Abordnung gefandt mit der Bitte, auf dem Flug nach La Coruña eine Zwischenlandung vorzunehmen. Der Wetterflug nach La Coruña wird im Laufe des Tages erfolgen.

### Wirbelsturm in Oklahoma.

40 Todesopfer. — 100 Verletzte.

Newport, 21. November.

Die Stadt Delsham im Staate Oklahoma wurde von einem furchtbaren Wirbelsturm heimgesucht. Die Zahl der Toten beträgt bis jetzt 40. Die Sturmflutwelle erstreckt sich weit verhängnisvoller als man anfangs annahm. Unter den Trümmern der zusammengebrochenen Häuser wurden außer den 40 Toten meist über 100 Verwundete fest vorgezogen. Die Stadt Delsham ist vollkommen vernichtet. 200 Gebäude sind in Trümmer gelegt. Das Schulhaus im nahen Dorfe Camel brach zusammen, das Dach wurde wie mit einem Messer abgehauen und in die Höhe geschleudert. Zwei Schüler kamen ums Leben. Der Strand war von einem Wellenschlag bespült. Die Straßen lagen bald über einen halben Meter tief unter Wasser, so daß das Rettungswerk erschwert wurde. Drei Kompanien der Nationalgarde wurden nach Oklahoma entsandt.

### Kleine Chronik.

Ein belgischer Dampfer gesunken. Auf der Schelde bei Antwerpen ramte ein englischer Dampfer einen belgischen Dampfer, der Zigaretten geladen hatte. Der belgische Dampfer sank innerhalb zwei Minuten. Fünf Mann der Besatzung fanden den Tod in den Fluten.

Schwedischer Dampfer bei Newfoundland gesunken. Der schwedische Dampfer „Dobida“ hat durch Sturmflut in der Bucht von St. John's gesunken. Der Dampfer, „Mauritania“ erlitt ihm zu Hilfe und nahm die Besatzung an Bord.

Schwedischer Eisbrecher tödlich abgestürzt. Bei Hundshöjden in Schweden stürzte ein Militärflugzeug ab. Der Führer des Flugzeuges, Pilotenamt Sandegard, wurde auf der Stelle getötet.

Wespeffarten in Kenningrad. Die Kenningrader Sowjets haben beschlossene, Karten für den Bezug von Wespeln einzuführen. Jedem Bürger der Stadt stehen nach diesem Kartensystem monatlich 1000 Gramm Wespeln zu.

Durch Kohlenbergbau verurteilt. Ein schwerer Unfall ereignete sich in einem Arbeitshaus in Marners bei Le Mans. Aus einem Dorf, der neben dem Schlafraum einer Reihe der Penitentien stand, waren Kohlenbergwerke entfernt und hatten schließlich durch die Türöffnung Zugang zum Schlafrum gefunden. Als die Wärter am Morgen in den Raum kamen, fanden sie vier der Insassen tot in ihren Betten auf, während eine Reihe anderer mit schweren Verletzungen erkrankten in ein Krankenhaus überführt werden mußte.

Die Flugzeugschmader der Alkohol-Schmuggler. In Detroit beginnt in Kürze ein Virentprozess gegen zwei Schmugglerbanden, die seit Jahr und Tag ungeheure Alkoholvolumen in Flugzeugen von Kanada nach den Vereinigten Staaten eingeführt haben. Von den insgesamt 30 Flugzeugen über die die Schmuggler verfügten, konnten zwölf beschlagnahmt werden.

An der portugiesischen Küste gestrandet ist der englische Dampfer „Hjalmar Hope“. Die Passagiere wurden gerettet, das Schiff ist verloren. Es war ein neues Schiff und ist der erste große englische Motor-Dampfer, der verlorengeht. Die Passagiere erwarnten durch den Stof beim Anlaufen auf die Küsten der Färöer-Inseln und eilten nur nachdrücklich beistehen, an Deck. Sie begaben sich, ohne daß eine Panik entstand, in die Rettungsboote. Im Nord befanden sich nach den letzten Meldungen 10 Passagiere, 23 Auswanderer und 140 Mann der Besatzung. Das Schiff liegt sehr unglücklich auf einem Riff und gilt als verloren. Es sind fünf hundert weitere. Der deutsche Schiffsarzt „Seestadt“ hat die ersten Hilfeleistungen geleistet. Die Rettungsarbeiten sind im Gange.

Schiffes und der Besatzung betraut sich auf annähernd dreißig Millionen Mark.

Schwerer Sturm auf dem Ionischen Meer. Ein schwerer Unwetter, das 48 Stunden lang an den Küsten des Ionischen Meeres tobte, hat in Syrakus und Umgebung schwere Schäden angerichtet. Mehrere Fischerfahrzeuge sind vor der Felsenküste gesunken. Ein Schoner (französisch) in der Nähe von Syrakus, wobei der Kapitän und zwei Matrosen ertranken. Auch auf den Felsen hat das Unwetter große Sachschäden angerichtet.

### Staßfurt der Not.

78 920 Wohlfahrtsvereinslose in den kleinen Städten.

Berlin, 21. November.

Nach den Ermittlungen des Reichsstatistikbundes ist die Wohlfahrtsvereinslosigkeit im Oktober gegenüber dem Vormonat in den kleinen Städten wieder um 9,5 Prozent gestiegen. Für Ende Oktober meldeten 1133 Städte bis zu 25 000 Einwohnern 73 510 laien in offener Füllege anstaltliche Wohlfahrtsvereinslose oder 10,7 auf 1000 Einwohner und 5410 Füllegearbeiter oder 0,8 auf 1000 Einwohner. Insgesamt wurden also Ende Oktober 78 920 anstaltliche Wohlfahrtsvereinslose oder 11,5 auf 1000 Einwohner ermittelt.

### Wochenwetterbericht der Th. S.

Die in den letzten Tagen unter Schnee und Regen von England nach Polen durchgezogene Strömung hat ihre Bedeutung verloren. Wetterberichter ist nun das vor Irland liegende Tief. Dem starken Druckaufwind es sich an der über die Ostsee stehenden Temperaturzone und Windstöße auf relativ höherer Breite nach Osten fortbewegen. Es führt an seiner Südseite erhebliche wärmere Luftmassen nach Mitteleuropa herein, die an der dortigen weniger warmen Luft aufsteigen und so die Regenlosigkeit mehr antreiben lässt. Das Tief geht heute einen gewissen Westaufzug auf der amerikanischen Küste des Ozeans, jedoch mit voransichtlicher mehrerer Tage mildes Wetter behalten werden.

Insidieren: Vorwiegend bedeckt, neue Niederschläge mit Unterbrechungen, anhaltend mild.

### Nebrar Sportvereinigung 1924.

Am Samstag schickte die N. S. V. 24 vier Mannschaften ins Treffen. Im Quartier spielten die Schüler gegen die Schüler B. F., die allerdings mit der Jugend verliert war, und erlitt eine Niederlage von 8:1 Toren. Auch die 3. Mannschaft mußte sich gegen die Luchsenner Junioren mit 0:2 beugen. Zu berücksichtigen ist, daß unsere Vertreter nur mit 9 Mann antraten. In der 1. und 2. Junioren-Mannschaft wollten beim 2. F. A. Wetzen, während die Junioren einen 8:1 Sieg über die gleiche Mannschaft von Witten erlangen konnte, blieb aber die 1. gegen Witten 1 mit dem gleichen Resultat auf der Strecke. Dies Resultat besagt nun nicht etwa, daß Witten besser war als unsere Mannschaft. Witten hat ihren Erfolg nur dem Zufall zu verdanken, daß das Glück auf ihrer Seite fand. Selbst Witten mußte zugeben, daß wir in bezug auf Technik ihnen ein ganzes Stück voraus waren. Erheblicher Teil an der Niederlage ist zweifellos dem Schiedsrichter früher dem W. B. Witten zu verdanken, denn seine Entscheidungen gegenüber Witten riefen selbst bei seinen dem Spiel beteiligten Vereinskameraden Widerspruch hervor.

Das Zusammenfallen der gegen Wittenfelds fiel wegen unglücklicher Witterung aus.

Am kommenden Sonntag finden auf dem N. S. V. Sportplatz 2 Spiele statt. In der 1. spielt gegen die 3. von U. S. Witten. Die 0.5-Mannschaft ist ebenfalls Heimmeister in unserer Klasse im Nebrar Bezirk. Aufstrebend spielt im fälligen Verbandsplatz unter 2. GF gegen unsere 8. GF.

### Neue Bücher.

#### Der Esel Willer

Roman. In Halbeseele gebunden 3,50 RM. Volksverband der Buchfreunde, Verlag G. m. b. H., Berlin-Charlottenburg 2.

Wohl kann einem Deutschen die Bezeichnung der Name Paul Keller noch unbekannt sein. Für 4 Millionen Exemplare seiner Bücher sind bisher verkauft und in ein Dutzend fremder Sprachen übersetzt worden. Der Verfasser dieses großen deutschen Dichters vom Dorfjungen zum geistlichen Führer, zum besten Vermittler des Ideal-Menschlichen hat ein „Mittelreises“ Er. Der Sohn des armen Schmiedehändlers, der mit Vater und Mutter in Wittenhausen die Dorfschweiderei und Waldenburger Kreis auf Rindfleisch abfuhr, ahnte nicht, daß dreißig Jahre später seine Werke von Millionen und Abermillionen gelesen werden würden. Das Nützliche und Wertvolle in diesem Roman ist der Kenne und wahre Humor, der Erdenbeißerei und Erdenleid in strahlenden Licht und Sonne zu verpacken vermag. Ein neues B. d. B. Buch ist immer eine gute Verbesserung. Abwärts auf politische und professionellen Streifenfragen finden in dem literarisch hochwertigen Buchprogramm dieses ältesten Verbandsbesonders nur losdereigen Aufnahme, die über den Alltag hinaus einen künstlerischen Wert und eine geistige Bedeutung repräsentieren. Daher wird auch die literarische Arbeit des B. d. B. heute von allen Seiten anerkannt und das Werden neuer Anhänger von allen Schichten der Bevölkerung eifrig gefördert. Diese längst ererbte Aufgabe ist ein überzeugender Beweis für das geistig unvermindert stark bestehende Interesse unserer Völk.

Das Klima eines Landes ist bestimmend für seine kulturelle Entwicklung. Niemand bestreitet heute mehr die Wahrheit dieses Satzes. Der beste Beweis dafür ist wohl die Weltgeltung Europas, das zum größten Teile der gemäßigten Zone angehört. Freilich bringt die gemäßigten Zone, besonders die nördlichen Breiten, auch Unannehmlichkeiten. So finden heute die Gefahr des Erfrierens. Man spricht heute beständig über die Gefahr des Erfrierens geradezu von einer Gefahr der Menschheit. Hindisierweise hat der erfinderische Menschengeist versucht, die Gefahr des Erfrierens zu beseitigen. Das Bekannte ist wohl die ersten „Hiesigen Schweißmittel“, die besonders in Deutschland geradezu ein Volksmittel geworden sind und es auch Menschen mit empfindlichen Nervenbahnen ermöglichen, die Gefahr des Erfrierens für ihre Gesundheit über die raue Jahreszeit hinwegzukommen.

### Städtische Nachrichten

Toten Sonntag, den 23. November 1930. Sonntagsschiff: Mehr und bekennen, daß wir sterben müssen, auf daß wir leben werden. (Psalm 90, Vers 12.)

12 Uhr: Bismarckdenkmal für die neue Erweiterung im Gemarkungsgebiet. 2 Uhr: Ein Denkmal für die jüngere Abteilung im Gemarkungsgebiet. 5 Uhr: Hauptgottesdienst in der Kirche. (Gemeindeführer: Predigt über Offenbarung Joh. 7, 9-17.)

Anfallsobst Beside und festliche Abendmaß. Anmeldeungen werden am Sonntag in der Kirche erbeten.

11 Uhr, abends 8 Uhr: Wirtshaus im Gemarkungsgebiet. Freitag, abends 8 Uhr: Jungmännern im Gemarkungsgebiet. Gestalt wurde am 16. Nov. Otto Raitz Gef. Gef.



# Nebrauer Anzeiger

Ämtliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Nebra

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilagen: „Das Leben im Bild“ und „Das Leben im Wort“  
Bezugspreis für einen Monat bei der Geschäftsstelle 1.10 RM — Durch die Post bezogen 1.20 RM

Schriftleitung: Wlth. Sauer in Koblentz.  
Druck, Verlag und Briefadresse: Sauerische Buchdruckerei, Koblentz.  
Geschäftsstelle in Nebra: Frau Kaufmann Weis, Markt 24/26.  
Fernsprecher: Amt Koblentz Nr. 221. — Postfachkonto: Leipzig Nr. 22632

Anzeigen lohnen: die 88 mm breite Millimeterzeile 6 Pf., die 90 mm breite Millimeterzeile im Restmontat 20 Pf. Anzeigenannahme an Drucktagen bis 12 Uhr mittags.  
Bankkonten: Stadtparisse Nebra — Sanktverein Arten.

Nr 139

Sonnabend, den 22. November 1930

43. Jahrgang

## Zu viel Steuern!

Die Reichsregierung sagt: So wie bisher geht es nicht weiter!

Die Begründung der Reichsregierung zum Steuervereinfachungsgesetz, das jetzt im Reichstag behandelt wird, zeigt den festen Willen der Reichsregierung, zu einer Steuerentlastung und Steuervereinfachung zu kommen. In dieser Begründung heißt es u. a.:

„Der Wunsch der gesamten deutschen Öffentlichkeit auf steuerlichem Gebiete geht in zweifacher Richtung: Steuerentlastung und Steuervereinfachung. Auf dem Gebiete der Steuerentlastung läßt sich bei der gegenwärtigen Wirtschaftslage in Deutschland und im Ausland, die auf der Einnahmeseite einen starken Rückgang der Einnahmen, auf der Ausgabe Seite ein starkes Ansteigen der Ausgaben zur Folge hat, dieser Wunsch nur unvollkommen erfüllen. Der Entwurf eines Gesetzes über die Senkung der Realsteuern zum 1. April 1931 kann daher nur als ein bescheidener Anfang angesehen werden. Die Reichsregierung lehnt es ab, Steuerentlastungsverprechen zu machen, von denen sie nicht genau weiß, daß sie auch wirklich erfüllt werden können. Sie hofft aber, auf dem von ihr beschrittenen Wege freierem Durchfluß der Ausgaben der öffentlichen Hand allmählich auch Mittel zur weiteren Steuerentlastung, die im Interesse des Wiederantriebs der deutschen Wirtschaft und der Kapitalbildung dringend erforderlich ist, frei zu bekommen. Das wird am locher möglich sein, je schneller eine, wenn auch nur leichte Besserung der Wirtschaftslage eintritt und damit die Einnahmen wieder besser zu laufen beginnen und der verstärkte Druck auf den Etat von der Ausgabe Seite her aufgehoben beginnt.“

Könnte somit die Reichsregierung auf dem Gebiete der Steuerentlastung, abgesehen von einer gewissen Senkung der Realsteuern, im Rahmen ihres gegenwärtigen Finanz- und Wirtschaftsplans nichts weiter tun, so sind um so größere Möglichkeiten zum Wandel auf dem Gebiete der Steuervereinfachung gegeben. Die Steuervereinfachung zerfällt in zwei große Teile: die Steuervereinfachung einerseits sowie die Vereinfachung der Steuerarten — ebenfalls für bestimmte Bevölkerungskreise — und die sich daraus ergebenden Vereinfachungen für Bevölkerung und Verwaltung andererseits.

Der Gedanke einer allgemeinen Senkung, die für die Wirtschaft insbesondere auch eine große psychologische Bedeutung gehabt hätte, konnte wegen der völlig verschiedenen Realsteuergrundlagen in den einzelnen deutschen Ländern nicht so einheitlich durchgeführt werden, wie es die Regierung an sich gewünscht hätte. Die Reichsregierung nimmt daher den Gedanken der Vereinfachung der Realsteuern im Rahmen ihres jetzigen Finanz- und Wirtschaftsplans wieder auf. Da der Entwurf des Steuervereinfachungsgesetzes im Reichstag bereits durchberaten war und, wie oben erwähnt, dem vorigen Reichstag bereits vorlag, würde der Entwurf an sich wieder unmittelbar dem Reichstag haben zugeleitet werden können, wenn er unverändert geblieben wäre. Die Reichsregierung schlägt aber außer der Steuervereinfachung im damaligen Sinne, die übrigens auch schon eine Steuervereinfachung bedeutet, eine Steuervereinfachung im engeren Sinne, eine Vereinfachung der Steuerarten für weite Teile der Bevölkerung vor.

Die Bevölkerung fragt nämlich nicht allein über die Höhe der Steuern, sondern auch über die Komplexität der Steuern und die Kompliziertheit des Systems überhaupt. Diese Klagen sind nicht unberechtigt. Insbesondere die kleineren Steuerzahler finden sich in dem Durcheinander der verschiedenen auf ihnen lastenden Steuern häufig nur schwer zurecht. Das führt dann dazu, daß diese Kreise verhältnismäßig viel Zeit auf die Erläuterung ihrer Steuerangelegenheiten verwenden und sich hierbei auch im großen Umfang fremder Hilfe bedienen müssen. Es ist nicht zu leugnen, daß hierfür heute zu viel Zeit und Geld aufgewandt wird und daß die Bevölkerung von diesem Grunde das unproduktivste Ausgabe nach Möglichkeit entlastet werden muß. Ein ebenso großes Interesse an der Vereinfachung hat aber auch der Fiskus.

Die Kosten der gesamten Steuer- und Zollverwaltung in Reich, Ländern und Gemeinden belaufen sich heute auf über 700 Millionen Mark, ein Betrag, den die deutsche Wirtschaft auf die Dauer nicht tragen kann. Daher wird auch von diesem Gesichtspunkt aus eine Vereinfachung des Steuerwesens erstrebt werden müssen, die dann, auf etwas längere Sicht gesehen, auch zu einer Einschränkung der Verwaltung und damit zu wesentlichen Ersparnissen führen kann und muß. Es ist dringend zu hoffen, daß auch die maßgebenden parlamentarischen Körperschaften hierfür das nötige Verständnis zeigen werden. So wie bisher geht es nicht weiter. Die

verschiedenen Gesellschaften, die in einer so schweren wirtschaftlichen Zeit wie der ganzen Nachkriegszeit und bei der nicht vermeidbaren, außerordentlich hohen Belastung von vornherein nicht ganz einfach gestaltet werden konnten, sind in den parlamentarischen Körperschaften immer weiter stark kompliziert worden, weil man immer noch wieder neue Fälle und Möglichkeiten in die gesetzliche Regelung einbeziehen wollte. Die Gesetzgebung, die man damit erzielen wollte, wird im Grunde dadurch nicht erreicht, weil sich alle Fälle doch nicht regeln lassen und weil die Unmenge einzelner Bestimmungen im Gesetz und in Verordnungen den Zeitstrahl nicht immer bekannt sein können und ein so kompliziertes Steuersystem auch von der besten Verwaltung nur schwer durchgeführt werden kann. Daher muß es darauf ankommen, die Gesetze so zu gestalten, daß sie einfach und klar sind und den Zeitstrahl ebenso wie der Verwaltung eine leichte Durchführung ermöglichen.“

## Reichstag für das Finanzprogramm.

Das Gesetz über die Ausgabenbegrenzung in den Haushalten des Reiches, der Länder und Gemeinden wurde mit allen gegen Thüringens Stimmen angenommen, das Gesetz über die Zulassung zur Einkommensteuer bei Stimmhaltung Thüringens. Angenommen wurde weiter das Gesetz, das die Abfertigungspflicht im Reichspostdienstgesetz neu regelt.

Bei der Beratung der Vorlage zur Veränderung des Zigarettensteuergesetzes behauptete der Vertreter des Freistaates Sachsen die im Ausschuss beschlossenen Veränderungen, die eine schwere Schädigung der Zigarettenindustrie bedeuten. Sachsen könne dieser Vorlage nicht zustimmen. Gegen die Vorlage erklärten sich auch die Vertreter von Schleswig-Holstein, Thüringen, Oldenburg, Bremen und Baden. Die Vorlage wurde in namentlicher Abstimmung mit 45 gegen 21 Stimmen angenommen. — Angenommen wurde auch das Gesetz über die Senkung der Realsteuern mit Stimmhaltung, wobei die Gesetze über die Vereinfachung des öffentlichen Mittelverkehrs, des Kleinwohnungsbaues, über weiteren Abbau und Beendigung der Wohnungszwangswirtschaft und das Kleinwohnungswirtschaftsgesetz.

Reichsminister Dr. Brüning dankte im Namen der Reichsregierung dem Reichstag für die außerordentlich schnelle und sachlich äußerst wertvolle Arbeit. Die noch ausstehenden Vorlagen zur Steuervereinfachung und zum endgültigen Finanzgesetz werden am nächsten Donnerstag auch vom Reichsratsplenum verabschiedet werden. Wir sind uns klar darüber, daß mit dem Abschluß dieser Vorlagen die Aufgaben der schweren Zeit noch nicht erledigt sind, sondern daß dann sofort neue Maßnahmen in Angriff genommen werden müssen. Die Reichsregierung denkt nicht daran, die Ziele und Wege der Außenpolitik sich bitten zu lassen von innerpolitischen Tagesdringlichkeiten.

## Dr. Curtius zur Außenpolitik

Hierzu nahm Außenminister Dr. Curtius das Wort zu einer großangelegten Rede über die deutsche Außenpolitik. Nach kurzen Eingehen auf die deutsche Stellung zur Weltlage und zu den Ereignissen in Europa führte der Minister u. a. aus: Es gilt, der Zukunft ins Auge zu sehen, daß niemand von uns heute wissen kann, ob wir mit den Maßnahmen, mit denen wir Ordnung schaffen wollen, auskommen werden, wenn wir noch internationale Schritte tun müssen, die in den Verträgen zum Schutze unserer Wirtschaft und Währung vorgehoben sind. Die Reichsregierung erwartet im Ausland Verständnis dafür, wenn sie nach Durchhebung ihres Wirtschafts- und Finanzplans sich fortlaufend die Frage vorlegt, ob sie nicht zu jenen Schritten greifen müsse. Wir werden den neuen Plan nicht zerschellen, den Vertragsboden nicht verlassen. Wir haben aber keine Garantie für die Durchführbarkeit des Plans gegeben. Die Reichsregierung ist davon durchdrungen, daß sie die Verantwortung dafür trägt, daß das deutsche Volk durch unrettungsfähige Taten nicht ferner sozialen und sittlichen Grundlagen beraubt wird.

Auf dem Wege zur deutsch-französischen Verständigung werde die Reichsregierung in der gleichen Richtung auch in Zukunft weiterarbeiten müssen. Was wir anstreben, ist eine weitestgehende Zusammenarbeit zur Beilegung der Kriegsverwunden, zur Behebung der Wirtschaftskrisis, zur Ermöglichung des Ausgleichs der gegenwärtigen Spannungen auf allen Gebieten menschlicher Betätigung.

Zur Abrüstungsfrage übergehend sagte der Minister, daß, wenn Worte in Verträgen einen Sinn hätten, dies alles nur eindeutig zu verstanden werden könne, daß nach den erfüllten Voraussetzungen durch Deutschland die vertraglich festgelegte Folge, also die allgemeine Abrüstung, eintreten müsse. Er könne sich nicht denken, daß der französische Ministerpräsident jetzt, da das Abrüstungsproblem zur endgültigen Entscheidung dränge, eine These durchlegen wolle, die die Basis aller Verhandlungen der letzten zehn Jahre berühren würde. Die Lösung der Abrüstungsfrage sei der Kern des Abfertigungsproblems. Wir werden diesen internationalen Prozeß vor dem Genfer Forum umbeistern zum Abschluß bringen. Nehme Frankreich das Recht der Sicherung der Landesgrenzen, für sich in Anspruch, so müsse das einseitig und von in Waffen stehenden Völkern umgebene Deutschland erst recht den Anspruch auf Sicherheit erheben. Sein Standpunkt auf verschiedene Kreuzungen des französischen Mi-

nisterpräsidenten erklärte der Minister: Wir lassen uns nicht von romantischen Träumereien bewegen und legen nicht imperialistischen Plänen nach. Was wir erstreben wird uns nicht nur die friedliche Verständigung in Betracht kommen. Zum Schluß erklärte der Außenminister, er habe vor allem mit feinem Verständnis um Verständnis für den deutschen Standpunkt werden wollen. Er hoffe, daß der Ernst der Lage und die Notwendigkeit erkannt würde, die Außenpolitik mit Festigkeit und Beharrlichkeit zu führen.

## Preußens Haushalt 1931.

Der Etat balanziert mit 3.10 Milliarden Mark.

Berlin, 21. November.  
Der preussische Haushaltsplan für 1931, der jetzt dem Staatsrat zugegangen ist, schließt in Einnahmen und Ausgaben mit rund 3.10 Milliarden M. ab. Einnahmen und Ausgaben sind damit um etwa 384 Millionen Mark geringer als im Jahre 1930.

Nach Abzug der durchlaufenden Posten, d. h. vor allem derjenigen Einnahmen, die an die Gemeinden mitzugesendet werden, verbleiben für den Staat an sich 2.25 Milliarden in Einnahmen und Ausgaben. Auf der Einnahmeseite ist bereits mit einer geringeren Ueberleistung an Reichsteuern gerechnet worden. Die Ueberleistungen sind nur mit 788.3 Millionen Mark 878.3 Millionen im Bor- eingegeben. Auch die Steuererträge sind mit 20.7 auf die schwerere Wirtschaftslage niedriger eingestuft worden, und zwar mit 687.2 gegenüber 693.7 Millionen im Vorjahre. Die Erparnisse auf Grund der Senkung der Beamtenbezüge und der Abgordnungsdiäten werden mit rund 90 Millionen Mark angegeben, mit dem gleichen Betrage der Minderung des reinen Staatsanteils an den Reichsteuern-überweisungen. Weiter wird ausgeführt, daß auch die reu- lichen Realsteuern, vor allem die Haussteuer, in ihren Erträgen völlig zurückgehen. Der Gesamtumsatz an Deduktionsmitteln wird mit 125 Millionen berechnet, wozu noch eine Summe von 16 Millionen als unermittelbare Ge- höhung des Zinsfußes bei der Staatsanleiheremission kommt. Insgesamt war also für 141 Millionen Deckung zu finden. Hierzu wird ausgeführt, daß es nur einen einzi- gen Weg gebe, nämlich den Umfang der Ausgaben nach dem Umfang der Deduktionsmittel zu beschränken. Es ist nicht mög- lich, den Gehalt des Jahres 1931 durch Erschließung neuer Einnahmen auszugleichen. Die Notwendigkeit, den deutschen Preisstand den Weltmarktpreisen anzupassen und die Gefährdungen der deutschen Volkswirtschaft entspre- chend zu senken, erfordere eine Senkung der öffentlichen Ausgaben.

Außer den Erparnissen bei den Beamtengehältern hat man Geschäftsbedürfnisse und andere fällige Ausgaben der Verwaltung um 71 Millionen, die einmaligen Ausga- ben um 40 Millionen gekürzt, so daß insgesamt der Fehl- betrag von 141 Millionen Mark eingebracht werden ist. Der Verlust der Einnahmen wird zum Teil durch die neuen Steuern des Reichsplan- und des Reichsplan- im Jahre 1931. Das Reich beab- sichtigt die Ge- heilung der Be- zugsrechte zu er- zwingen mit dem Recht- satz der Bürger- weise ferner die 80 Millionen der Haussteuer- Altonen Haussteu- 10 Millionen für den

## Regierung an- burg.

21. November.  
Donnerstag der na- die Gesamtregie- einsehlich der an- angenommen. nsanträge gegen Maßstabe wurde ordnung überge- ordnung fand keine

## Einigkeit über die Dittsche.

Berlin, 21. November.  
Ämtlich wird mitgeteilt: Reichspräsident von Hinden- burg empfing die Kommissare für die Dittsche, Reichs- minister Treubner und preussischer Staatsminister Hirthel, zu- sammen mit deren Vertretern Staatssekretär Krüger und Ministerialdirektor Dr. Wachsmann zu einer längeren Be- sprechung über die Arbeit der Dittsche.  
Die Ausprache, die auch die aus Kreisen der Landwirt- schaft für die Durchführung der Dittsche vorgebrachten An- träge und Wünsche umfaßte, ergab Uebereinstimmung in der Auffassung über die für die Dittsche maßgebenden

